



# L'essentiel

## NEWSLETTER

NR. 10  
25. NOVEMBER 2015

## Die schweizerischen Privatbanken wollen einen Beitrag zur Lebensqualität in unserem Land leisten.

Für diesen Motor der Schweizer Wirtschaft sind Entwicklungsmöglichkeiten im Inland ein wichtiges Anliegen.

**D**er Bankensektor generiert rund 6 % des schweizerischen BIP und über 8 % (d. h. rund 11 Milliarden Franken) der gesamten Steuereinnahmen unseres Landes. Damit diese Einnahmen und die damit finanzierten Leistungen nicht verschwinden, ist es unerlässlich, dass sich die Banken in der Schweiz entwickeln können.

Ihrerseits beschäftigen die Mitglieder der VSPB über 4500 Personen in der Schweiz. Sie verwalten Vermögen von über CHF 700 Milliarden, d. h. über 10 % der in der Schweiz angelegten Aktiven.

Auf Vermögensverwaltung spezialisierte Banken sind Teil der Exportwirtschaft, da sich ihre Produktionsmittel in der Schweiz befinden, während ihre Kunden in erster Linie im Ausland ansässig sind. Die Schweiz hat in der grenzüberschreitenden Vermögensverwaltung einen Marktanteil von rund 25 %. Wenn dieser Geschäftszweig entfiel, hätte unser Land nicht 275 Banken, sondern etwa 50.

Nicht anders als die übrigen Exportsektoren leidet auch das Vermögensverwaltungsgeschäft der Banken unter dem starken Franken, da der grösste Teil der Kosten in Franken anfällt, während die Erträge zumeist in Fremdwährungen generiert werden.

Seit der Finanzkrise herrschen so strenge regulatorische Vorgaben wie nie zuvor, um eine Wiederholung zu verhindern. Die Umsetzung dieser Vorschriften und deren Aufsicht sowie die derzeit herrschenden Negativzinsen belasten die Margen der Banken.

Trotz des schwierigen wirtschaftlichen Umfelds sind die Privatbanken zuversichtlich, da sich die Vermögensverwaltungsbranche in voller Expansion befindet. Die Schweiz als wichtigster Akteur auf diesem Gebiet ist gut aufgestellt, um neue Kunden zu gewinnen. Allerdings herrscht ein erbitterter Wettbewerb mit ausländischen Anbietern. Zur Sicherung ihrer führenden Stellung haben die Schweizer Banken drei wichtige Anliegen:

- Ungehinderte Wachstumsmöglichkeiten,
- Regulierung nach international üblichen Standards und
- nachhaltige Rechtssicherheit.

### Wachstumsmöglichkeiten

Neukunden gewinnt man zumeist über Werbung und am wirksamsten ist die Werbung vor Ort. Zahlreiche Länder haben aber alle Arten Hindernisse errichtet und betreiben einen mehr oder weniger offenen Protektionismus. So kann ein Schweizer Bankier ausserhalb der Schweiz oft weder seine Bank noch seine Produkte anpreisen. Er muss potenzielle Kunden davon überzeugen, dass es sich lohnt, zu ihm zu reisen, um sein Angebot offen zu besprechen. In grenzüberschreitenden Kundenbeziehungen dürfen Schweizer Banken ihren Kunden im Ausland im Allgemeinen keine neuen Anlagemöglichkeiten anbieten, sondern nur seine Fragen beantworten. Diese Einschränkungen sorgen dafür, dass die Vertreter der Schweizer Banken deutlich weniger effizient sind als ihre Konkurrenten vor Ort.



Viele Schweizer Banken haben daher Tochtergesellschaften oder Zweigniederlassungen im Ausland errichtet, um gute Bedingungen für ihr Kundengeschäft zu schaffen. Seit 2007 haben die Mitglieder der VSPB in der Schweiz rund 300 Personen eingestellt – und dreimal mehr in Ausland.

Diese Expansion im Ausland erfolgt nicht aus Selbstzweck, sondern aus reiner Notwendigkeit. Sie liesse sich durchaus abbauen, wenn die Märkte, in denen die Bankkunden ansässig sind, für die Schweiz frei zugänglich wären. Die angelsächsischen und asiatischen Finanzplätze profitieren schon oft von Ausnahmeregelungen. Die Schweiz sollte nicht länger zögern und darauf pochen, dass sie dieselben Vorteile geniesst wie ihre Konkurrenten. Häufig handelt es sich dabei um eine Anerkennung der Gleichwertigkeit des jeweiligen Landesrechts (Anlegerschutz, Bekämpfung der Geldwäscherei, prudenzielle Aufsicht). Da das Bankgeheimnis der Weitergabe von Steuerdaten nicht mehr im Wege steht, muss sich die Schweiz ihres Landesrechts nicht länger schämen, sondern seine Besonderheiten erklären und dafür sorgen, dass sie verstanden statt nur kritisiert werden. In diesem Zusammenhang kann die FINMA ein positives Zeichen setzen und ihren ausländischen Partnerbehörden beispielsweise das dualistische Aufsichtssystem oder die Funktion der Einlagensicherung erläutern.

### **Kein «Swiss finish»**

Ob bei Steuertransparenz, Bekämpfung der Geldwäscherei und des Terrorismus, dem Derivatgeschäft oder den Anforderungen von Basel III – die Schweiz hat sich in jedem Fall deutlich für die Einhaltung der internationalen Standards ausgesprochen. Da wir inzwischen in einem globalen Finanzsystem leben, lässt sich so einerseits ein koordinierter Ansatz sicherstellen und andererseits vermeiden, dass Risiken einfach überwältigt werden.

Die Ausarbeitung dieser Standards erfolgt möglicherweise auf einem nicht ganz demokratischen Weg, ihre Umsetzung in der Schweiz ist jedoch voll und ganz demokratischen Grundsätzen verpflichtet. Tests und Prüfungen sollen bestätigen, ob die verschiedenen Hoheitsgebiete ihren Verpflichtungen nachkommen. Die Schweiz hat ein grosses Interesse an einer Mitwirkung, um sicherzugehen, dass die Anforderungen an die anderen Länder ebenso konsequent sind wie an das eigene Land. Ein wichtiges Stichwort zu diesem Thema ist die Umsetzung des automatischen Informationsaustauschs. Hier muss die Schweiz darauf achten, dass sie ihre Partner in Abstimmung mit den anderen globalen Finanzplätzen wählt, um eine regulatorische Arbitrage zu vermeiden.

In denjenigen Bereichen, die dem internationalen Wettbewerb ausgesetzt sind, muss die Schweiz ferner darauf achten, dass sie nicht in voraus eilendem Gehorsam Normen übererfüllt (kein «Swiss finish»). Im Allgemeinen ist Überregulierung kontraproduktiv, da sie die Kunden vergraut und die Bankkosten in die Höhe treibt. Dies führt zu Konsolidierungen und somit zu einer Verstärkung der von den grossen Instituten verkörperten systemischen Risiken – das heisst gerade jener Risiken, die durch die Regulierung abgebaut werden sollten. Es geht also darum, die Vorschriften an die Grösse und an die Geschäftstätigkeit der Banken anzupassen, ohne dem Prinzip «One size fits all» zu erliegen.

### **Rechtssicherheit**

Das letzte Anliegen der Banken ist unspezifischer als die ersten beiden, da es ein gesamtwirtschaftliches Anliegen ist. Die Schweiz wird seit Langem für ihr stabiles Rechtssystem gelobt und daher auch von vielen Anlegern bevorzugt, da es ihnen eine längerfristige Planung ermöglicht.

In den letzten Jahren wurden die Rahmenbedingungen häufig infrage gestellt, insbesondere in steuerlicher

Hinsicht. Natürliche Personen litten unter Befürchtungen betreffend Aufrechterhaltung der Pauschalbesteuerung sowie der Erbschaftssteuer. Da Volksinitiativen leicht zu lancieren sind, dürften neuerliche Diskussionen nicht auf sich warten lassen. Die Unternehmen sehen ihrerseits dem Ergebnis der Unternehmenssteuerreform III mit Spannung entgegen. In der Zwischenzeit werden weitere Investitionen in der Schweiz eingefroren und Pläne zur Standortverlagerung entworfen, falls das Ergebnis der Reform nicht länger wettbewerbsfähig sein sollte.

Die Zukunft der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU ist von noch weit grösserer Tragweite. Gesucht ist ein Weg, der dem Willen des Souveräns zur Begrenzung der Masseneinwanderung und dem freien Personenverkehr gleichermaßen Rechnung trägt – ein Weg, der es erlaubt, fehlende Arbeitskräfte und Talente in die Schweiz zu holen, um die Leistungen zahlreicher Branchen, wie etwa des Bankensektors, weiterhin erbringen zu können. Die bilateralen Verträge mit der EU haben die Schweiz aus dem Stillstand der 1990er Jahre geholt, ihre Erhaltung ist für die Schweiz lebenswichtig. Zugleich müssen wir darauf achten, die dunklen Seiten unseres Erfolgs besser in den Griff zu bekommen.

Die Banken sind eng in die Schweizer Wirtschaft eingebunden und unerlässlich für ihr Wohlergehen – und umgekehrt. Den Mitgliedern der VSPB ist daran gelegen, sich in gutschweizerischer Tradition in der Schweiz weiterzuentwickeln und ihr Angebot nach Möglichkeit vom Hauptsitz aus zu exportieren. So können sie in der Schweiz Arbeitsplätze schaffen, die wiederum zu höheren Steuereinnahmen führen. In diesem Zusammenhang zählen sie auf ein Parlament, das ihnen gerechte, griffige und stabile Regeln vorgibt, die der Diversität der einheimischen Bankenlandschaft gerecht werden.